



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland

20. Jahrestag der ersten freien Volkskammerwahl Volksabstimmung für die Deutsche Einheit

In dieser Woche haben wir uns an den 20. Jahrestag der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 erinnert. Damals konnten die Menschen in der ehemaligen DDR erstmals in einer freien, gleichen und geheimen Wahl über die Zusammensetzung ihres Parlaments entscheiden. Wie groß der Drang nach demokratischer Mitbestimmung bei den Bürgern in Ostdeutschland war, zeigt die Wahlbeteiligung: über 93 Prozent der Wahlberechtigten gaben an diesem Tag ihre Stimme ab. Ihre Entscheidung war eindeutig. Drei Viertel der Wahlberechtigten stimmten für Parteien, die sich für eine schnelle Wiedervereinigung einsetzten. Mit 48 Prozent wurde die aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch bestehende „Allianz für Deutschland“ mit deutlichem Abstand stärkste politische Kraft in der letzten Volkskammer. Nach über vierzig Jahren linker Diktatur, nach Unterdrückung und sozialistischer Misswirtschaft votierten die Ostdeutschen für Freiheit, Menschenrechte und soziale Marktwirtschaft. Sie stimmten für die Werte des Grundgesetzes. Und sie machten klar, wem sie den politischen Weg zu einem gesamtdeutschen Staat am ehesten zutrauten: Bundeskanzler Helmut Kohl und der Union in Ost und West. Die Volkskammerwahl war eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Sie war die Krönung der Anstrengungen der ostdeutschen Demokratiebewegung. Und sie war eine echte Volksabstimmung für die Wiedervereinigung. Damit war die Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit der letzten Regierung der DDR unter Führung von Lothar de Mazière und der Bundesregierung geschaffen, die in die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mündete. Der 18. März 1990 verdient deshalb einen Ehrenplatz unter unseren Gedenktagen.

Diese Erinnerung müssen wir wach halten und an die kommenden Generationen weiter tragen. Leider wird DDR-Unrecht immer noch – oft ohne den nötigen Widerspruch – schöngeredet. Dabei wird oft ein Bild einer DDR gezeichnet, in der alle Menschen Arbeit hatten, in der es menschlicher, wärmer und sozial gerechter zugeht. Einer Studie des Leiters des Forschungsverbundes SED-Staat, Klaus Schroeder, zufolge halten mehr als 50 Prozent der Jugendlichen die DDR nicht einmal mehr für eine Diktatur. Dieses alarmierende Ergebnis macht dringende Maßnahmen zur weiteren Aufklärung und Vermittlung unserer jüngsten gemeinsamen deutschen Geschichte notwendig. Wir alle stehen hierbei mehr

denn je in der Verantwortung. Wir dürfen die zunehmenden Verklärungstendenzen nicht unbeantwortet lassen. Denn diese „ostalgotischen“ Erinnerungen trügen! Natürlich haben die allermeisten Menschen in der ehemaligen DDR auch wichtige, gute und schöne Alltagserfahrungen in Familie und Freundeskreis gemacht. Diese kann und will ihnen niemand – erst recht niemand aus dem Westen – nehmen. Allerdings sind nicht diese positiven Erfahrungen, sondern die Schattenseiten des Regimes prägend für das Wesen der DDR. Wer ernsthaft zweifelt, dass die DDR ein Unrechtsregime war, dem sei ein Besuch in der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße oder in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen empfohlen. Dort kann man sich sehr anschaulich über die Machenschaften von SED und Staatssicherheit informieren! Hier wird deutlich, was viele Ostdeutsche über Jahrzehnte erdulden mussten. Die Täter müssen sich hierfür verantworten – auch 20 Jahre machen die Verbrechen nicht ungeschehen. Das sind wir den Opfern schuldig. Vor allem auch, weil gerade in diesen Tagen durch Enthüllungen aus der so genannten Birthler-Behörde wieder deutlich wird, dass immer noch zahlreiche Spitzel und Denunzianten unerkannt in zum Teil hohen Positionen ausharren. Und dies in Ost und West! Deshalb weisen wir auch die Forderungen nach einem Schlussstrich bei der Aufklärung, wie dieser insbesondere von der mit Stasiseilschaften durchsetzten Linkspartei gebetsmühlenartig gefordert wird, entschieden zurück.

Vor diesem Hintergrund müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, dass die SPD sich weiter der Linkspartei anbietet. Es ist skandalös, wenn jetzt bereits hinter den Kulissen Vorbereitungen für ein rot-rot-grünes Bündnis nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen getroffen werden. Es stimmt traurig, wenn sich die heutigen Spitzen einer einst so stolzen Volkspartei derart verantwortungslos und geschichtsvergessen verhalten.

Wir dagegen vergessen nicht: Mit der friedlichen Revolution haben die Ostdeutschen aus eigener Kraft die Wende herbeigeführt. Damit öffnete sich für 17 Millionen DDR-Bürger das Tor zur Freiheit und nur ein Jahr später auch das Tor zur deutschen Einheit. Ein einzigartiger Glücksfall in unserer Geschichte! Aus dieser großartigen Leistung und Zivilcourage können wir heute noch Kraft und Zuversicht für unsere Zukunft schöpfen.

Die Woche im Parlament

In 2. und 3. Lesung stand in dieser Woche der **Bundeshaushalt 2010** zur Verabschiedung an. Es ist ein Übergangshaushalt, in dem sich die finanziellen Auswirkungen der noch nicht überwundenen internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise widerspiegeln. In 310 Änderungsanträgen sind die Ausgabenansätze gegenüber dem Entwurf um insgesamt 5,9 Mrd. Euro nach unten korrigiert worden. Damit wurden im Haushalt 2010 erste Pflöcke für den ambitionierten Konsolidierungspfad der Koalition in den nächsten Jahren eingeschlagen. Dies ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse bis zum Jahre 2016, die die schrittweise Reduzierung des strukturellen Defizits auf dann 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorgibt. Mit Blick auf die noch nicht vollständig bewältigten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es ebenso von großer Bedeutung, dass den Ausgaben für öffentliche Investitionen eine klare Priorität gegeben wird. Trotz der beachtlichen Kürzung der Ausgaben insgesamt werden die Investitionsausgaben auf ihrem Niveau gehalten, die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sogar weiter erhöht. Gerade in einer Situation, in der die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Lage der öffentlichen Haushalte in Europa und in der Eurozone zunimmt, ist es wichtig, dass Deutschland als großes Mitgliedsland bei der Haushaltskonsolidierung mit gutem Beispiel vorangeht und mit seiner Haushaltspolitik als Stabilitätsanker dient.

In einer Feierstunde erinnerten wir uns in dieser Woche an den **20. Jahrestag der Volkskammerwahl** am 18. März 1990 als einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Deutschen Einheit.

Aktuelles

In der aktuellen Debatte um die zahlreichen Fälle von Kindesmissbrauch in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren unterstützen wir den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und Bundesbildungsministerin Annette Schavan zur Einrichtung eines **Runden Tisches zur Verhinderung von Kindesmissbrauch**. Aufgabe des Runden Tisches ist die Schaffung einer breiten Gesprächsbasis mit Vertretern aller gesellschaftlich relevanten Gruppen. Eine Verengung auf einen speziellen Personenkreis würde dem Ziel, Kindesmissbrauch möglichst vorzubeugen, nicht gerecht werden. Es ist selbstverständlich, dass auch Vertreter des Bundesjustizministeriums zu diesen Gesprächen eingeladen werden, auch wenn juristische Aspekte nicht im Zentrum der Initiative der Bundesfamilienministerin stehen. Denn es geht nicht in erster Linie um strafrechtliche und zivilrechtliche Sanktionen, sondern vor allem um zivilgesellschaftliche Prävention und Verhaltensregeln im Umgang mit Kindesmissbrauch.

Wenig hilfreich ist in diesem Zusammenhang der Umgang einiger Medien mit diesem heiklen Thema. Es dient sicherlich nicht der Sache, wenn in sensationslüsterner Art und Weise Täter und Opfer in die Öffentlichkeit gezerrt werden. Und es trägt ebenso wenig zur Aufklärung bei, wenn hierbei alle Fälle – von der Ohrfeige bis zum sexuellen Missbrauch – unter dem Oberbegriff „Kindesmissbrauch“ scheinbar zu einem einzigen Tatbestand vermengt werden. So schwer alle Vorwürfe auch wiegen, so verabscheuungswürdig solche Taten an wehrlosen Kindern und Schutzbefohlenen auch sind, wir müssen uns um eine faire, ausgewogene und sachliche Aufklärung aller Fälle bemühen. Es gibt nur eine Möglichkeit für unsere Gesellschaft, diese Fällen zu bewältigen: wir müssen Wahrheit und Klarheit über alles schaffen, was passiert ist. Insgesamt wird es aber darauf ankommen – das ist eine Bewährungsprobe für unsere ganze Gesellschaft – dass Menschen, die Missbrauch erfahren haben, sich in unserer Mitte wieder anerkannt und aufgehoben fühlen. Nur so können sie wenigstens das Stück Wiedergutmachung bekommen, was man im Nachhinein noch schaffen kann.

Daten und Fakten

Anteil der unbefristeten Vollzeitjobs konstant: Die Quote der unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse ist über die letzten zehn Jahre konstant geblieben. Genau wie vor zehn Jahren haben heute vier von zehn Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einen unbefristeten Vollzeitjob. Dagegen hat der Anteil der unbefristeten Teilzeitstellen auf heute zehn Prozent stark zugenommen. Deutliche Zuwächse gab es auch im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Gleichzeitig ist der Anteil der Nichterwerbstätigen zurückgegangen. Das bedeutet, dass per Saldo vor allem diejenigen von der Ausweitung der geringfügigen und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse profitiert haben, die vorher keiner bezahlten Beschäftigung nachgegangen sind. Dagegen gibt es keine Hinweise auf eine Umwandlung unbefristeter Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse in geringfügige oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Deutschland weltspitze bei forschungsintensiven Industrien: Deutschland gehört weltweit zu den größten Produzenten und Exporteuren forschungsintensiver Güter. Fast 50 Prozent der Gesamtwertschöpfung stammt in Deutschland aus forschungsintensiver Produktion und wissensintensiver Dienstleistungen. Das ist so viel wie in keinem anderen Land. 1995 hatte der Anteil forschungsintensiver Produktion noch lediglich 42 Prozent betragen. Die starke Fokussierung auf forschungsintensive Güter und Dienstleistungen bildet nach Meinung von Experten die Grundlage dafür, dass Deutschland gestärkt aus der aktuellen Wirtschaftskrise hervorgehen wird.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Arbeitskosten im 4. Quartal 2009 leicht gesunken: Die Arbeitskosten pro Stunde sind im vierten Quartal 2009 im Vergleich zum vorangegangenen Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,4 Prozent gesunken. Damit setzte sich der Trend aus dem dritten Quartal 2009 (- 0,2 Prozent) fort. Der mit Beginn der Wirtschaftskrise im vierten Quartal 2008 (+ 2,3 Prozent) und im ersten Quartal 2009 (+ 1,4 Prozent) festgestellte deutliche Anstieg der Arbeitskosten ist gestoppt. Auch im Vorjahresvergleich stiegen die kalenderbereinigten Arbeitskosten mit 1,6 Prozent deutlich schwächer an als in den vorangegangenen vier Quartalen, in denen die Wachstumsraten des Arbeitskostenindex zwischen 4,3 Prozent und 5,3 Prozent lagen. Für die Arbeitgeber ist neben den Arbeitskosten auch die Anzahl der von den Arbeitnehmern geleisteten Arbeitsstunden bedeutend. Mit Beginn der Wirtschaftskrise blieb das Volumen der Arbeitskosten nahezu unverändert, durch den Abbau von Überstunden auf Arbeitszeitkonten sowie verstärkte Kurzarbeit arbeiteten und produzierten die Arbeitnehmer aber weniger. Dies verteuerte aus Sicht des Arbeitgebers den Produktionsfaktor Arbeit. Im Jahr 2009 stiegen die Arbeitskosten je geleisteter Stunde im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Prozent an. Dies war der stärkste Anstieg seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1996.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



**Landesgruppe
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de